

Forderungspapier

des SoVD zum Thema „Einsamkeit“

Einsamkeit überwinden

Bereits vor der Corona-Pandemie fühlten sich in Deutschland rund vier bis neun Millionen Menschen meist oder (sehr) oft einsam. Studien, die nach sozialer Isolation und sozialer Exklusion fragen, offenbaren die tiefe Spaltung unserer Gesellschaft. Je nach Umfrage gaben 15 bis 30 Prozent der deutschen Bevölkerung an, unter sozialer Isolation und sozialer Exklusion zu leiden. Wenn sich fast jede*r fünfte Deutsche nicht mehr zugehörig fühlt, muss das ein deutliches Warnsignal sein. Die Ergebnisse im Gutachten sind eindeutig: Sozial isoliert oder gar exkludiert fühlen sich verstärkt Menschen mit einer Behinderung, chronisch Kranke, Pflegebedürftige sowie (Langzeit-)Arbeitslose und Armutsbetroffene, darunter viele Allein-erziehende. Wir beim SoVD wollen das nicht hinnehmen und setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle sozial teilhaben können. Die Ursachen von Einsamkeit, sozialer Isolation und Exklusion gilt es zu beseitigen.

Die Corona-Pandemie hat einem Brennglas gleich grundlegende Systemfehler und langjährige Fehlentwicklungen in den deutschen Sozial(versicherungs)systemen aufgezeigt und zugleich bestehende Probleme verschärft. So haben Besuchsverbote und Ausgangsbeschränkungen die Ausgrenzung Pflegebedürftiger, chronisch Kranker und Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen aus dem gesellschaftlichen Leben verstärkt. Hygiene- und Schutzkonzepte müssen bundesweit konsequent eingefordert, umgesetzt und kontrolliert werden, um besonders vulnerable Personengruppen gleichermaßen vor einer Virus-Erkrankung zu schützen und um Vereinsamung und Isolation entgegenzuwirken. Aufsuchende Hilfen und zugehende Angebote gilt es zu stärken – nicht zuletzt für Menschen, die im häuslichen Umfeld Unterstützung benötigen. Aber auch junge Menschen leiden während der Corona-Krise unter Einsamkeit. Ihnen muss in der belastenden Situation besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung zukommen.

Für eine inklusive, solidarische Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, erneuert der SoVD daher seine Forderungen für eine umfassende Stärkung des deutschen Sozialstaats: Hierfür sind aus Sicht des SoVD folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Daseinsvorsorge stärken
2. Armut bekämpfen
3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende verbessern
4. Kinder und Jugendliche besonders unterstützen
5. Prävention und Rehabilitation ausbauen
6. Digitalisierung vorantreiben

1. Daseinsvorsorge stärken

Das Gutachten macht deutlich, dass das Vorhandensein bzw. die Nähe zu daseinsvorsorgender Infrastruktur darüber entscheiden kann, ob sich Menschen sozial isoliert oder zugehörig fühlen.

Strukturelle Defizite verhindern Teilhabe: Strukturelle Defizite müssen behoben werden, um Teilhabe zu ermöglichen. Ländliche Räume müssen wiederbelebt werden. Auf kommunaler Ebene sind ein nachhaltiges Quartiersmanagement und innovative Ansätze gefragt.

Dabei kommen z. B. Ideen wie Mehrgenerationenhäusern eine besondere Bedeutung zu.

Konkrete Handlungserfordernisse sieht der SoVD im Ausbau von

- einem flächendeckenden und barrierefreien ÖPNV,
- öffentlichen Begegnungsorten (z. B. öffentliche – kostenfreie – Bibliotheken, Schwimmbäder, Krankenhäuser oder Ärztehäuser in ländlichen Regionen, innovativen Ideen für Kultureinrichtungen, Quartiersläden oder Treffs in Cafés insbesondere im ländlichen Raum)
- einem lückenlosen Breitbandnetz,
- barrierefreien, inklusiven Schulen und Kitas mit Ganztagsbetreuungsangeboten auch im ländlichen Raum, etc.

Finanzierung sicherstellen: Die Länder und Kommunen müssen dabei in die Lage versetzt werden, notwendige Maßnahmen und Investitionen auch tätigen zu können. Der Bund muss die Länder und Kommunen dabei unterstützen, die Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen zu können, auch finanziell. Um die Finanzausstattung der Länder und Kommunen zur Stärkung der Daseinsvorsorge zu verbessern, sollte der Solidaritätszuschlag beibehalten werden. Regionale Ungleichheiten gilt es, durch eine gerechte Aufteilung des Steueraufkommens zu überwinden. Die Fixierung auf die sogenannte schwarze Null im Haushalt muss hierfür beendet werden. Weitere Möglichkeiten, wie eine höhere Besteuerung der in Deutschland erwirtschafteten Unternehmensgewinne, die Wiederbelebung der Vermögenssteuer, eine stärkere Besteuerung von hohen und höchsten Einkommen sowie großer Erbschaften und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer können Bundesinvestitionen in die Daseinsvorsorge kompensieren.

2. Armut bekämpfen

Der SoVD wird sich nicht damit abfinden, dass das Armutsrisiko und insbesondere Kinder- und Altersarmut in Deutschland beständig zunehmen, dass Millionen Menschen im Niedriglohnssektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten oder sich die Zahl langzeitarbeitsloser Menschen ohne Chancen auf reguläre Beschäftigung verfestigt. In Deutschland arm zu sein, bedeutet den weitgehenden Ausschluss von sozialer Teilhabe. Wenn man Armut bekämpft, bekämpft man damit auch Einsamkeit und eine weitere Spaltung der Gesellschaft.

Das (soziokulturelle) Existenzminimum sicherstellen: Das Mindestsicherungssystem muss existenzsichernd ausgestaltet sein und vor Armut schützen. Daher fordert der SoVD, dass die Regelsätze in der Grundsicherung deutlich angehoben werden. Denn ohne eine Erhöhung der Regelsätze kann keine soziokulturelle Teilhabe sichergestellt werden. Darüber hinaus sollten Leistungsempfänger*innen in der aktuellen Krise einen Zuschlag von 100 Euro pro Monat erhalten, um weiteren Ausgrenzungserfahrungen vorzubeugen. Für eine Gesellschaft,

die niemanden zurücklässt, gilt es auch Bedarfsgerechtigkeit herzustellen, z. B. für Menschen mit Behinderungen oder bei Kindern und Jugendlichen. Hier werden die Bedarfe aktuell nicht gesondert erfasst. Menschen mit Behinderungen brauchen darüber hinaus besondere Unterstützungsangebote, denn sie sind überdurchschnittlich oft von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Der SoVD wendet sich auch entschieden gegen die Anrechnung des Elterngeldes auf Grundsicherungsleistungen. Denn unter den Alleinerziehenden beziehen ein Drittel Hartz-IV-Leistungen, darunter viele Erwerbstätige.

Prekäre Arbeitsverhältnisse bekämpfen: Der Mindestlohn muss deutlich erhöht werden und nicht nur vor akuter, sondern auch vor drohender (Alters-)Armut schützen. Leiharbeit muss stärker reguliert, Missbrauch bei Werkverträgen bekämpft und sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnissen abgeschafft werden. Darüber hinaus ist für geringfügige Beschäftigung grundsätzlich die volle Sozialversicherungspflicht einzuführen und geringfügige Beschäftigung (wieder) in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln.

Erwerbstätigenversicherung einführen: Aufgrund der hohen Grundsicherungsquote sind ehemalige Selbständige schnellstmöglich in die gesetzliche Rentenversicherung zu integrieren. Sie müssen besser vor drohender Altersarmut geschützt werden. Langfristiges Ziel sollte jedoch sein, alle Erwerbstätigen schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung zu integrieren, um Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft zu reduzieren.

Rentenniveau anheben: Das Rentenniveau ist stufenweise auf das lebensstandardsichernde Niveau von 53 Prozent anzuheben.

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Das Gutachten hat gezeigt, dass Alleinerziehende während der Corona-Pandemie besonders unter Einsamkeit leiden. Alleinerziehende sind aufgrund der alleinigen Verantwortung für Sorge- und Erwerbsarbeit grundsätzlich enorm belastet. Während des Lockdowns und in Zeiten der Quarantäne gilt es neben der Arbeit auch das Homeschooling der Kinder sicherzustellen, ausfallende Mittagsessen (auch finanziell) auszugleichen und den Anforderungen am Arbeitsplatz gerecht zu werden. Zeit für soziale Kontakte bleibt dabei kaum. Als SoVD fordern wir daher, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spürbarer zu verbessern.

Alleinerziehende besser unterstützen: Alleinerziehende dürfen nicht länger sozial benachteiligt werden. Neun von zehn Alleinerziehenden sind Frauen. Viele Alleinerziehende haben Probleme, einen existenzsichernden Arbeitsplatz zu bekommen – und zu behalten, denn das Klima in unseren Unternehmen ist nicht durchgängig familienfreundlich. Hier braucht es mehr Unterstützungs- und Beratungsangebote, um Alleinerziehenden zu helfen, armutsfeste Einkommen zu erwirtschaften.

Eine verlässliche und barrierefreie Betreuungsinfrastruktur aufbauen: Familienfreundlichkeit und Initiativen von Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften zur Schaffung einer familienfreundlichen Arbeitswelt sind insbesondere für Alleinerziehende von zentraler Bedeutung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Betriebskindergärten, flexible Arbeitszeitmodelle und eine betriebsinterne Förderung und Qualifizierung sind wichtige Bestandteile. Die Kinderbetreuung wurde an vielen Stellen verbessert, ist aber lange noch nicht bedarfsgerecht. Es mangelt an ausreichenden Betreuungsplätzen, 24-Stunden-Kitas und Ganztagsbetreuungen in der Grundschule.

4. Kinder und Jugendliche besonders unterstützen

Die Ergebnisse im Gutachten zeigen: Während der Corona-Pandemie sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von Einsamkeit in besonderem Maß betroffen. Für sie ist es eine enorme Herausforderung, den Lebensalltag neu zu strukturieren und mit Klassenkamerad*innen und Freund*innen ausschließlich digital Kontakt zu halten. Denn Kinder brauchen Kinder – nicht nur digital, sondern im direkten Kontakt.

Kinder und Jugendliche aus armen Familien besser unterstützen: Sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche sind von Schulschließungen, reduzierten und veränderten Unterrichts- und Freizeitangeboten sowie mangelnden sozialen Kontakten besonders hart getroffen. Das trifft umso mehr zu, wenn sie im familiären Umfeld wenig oder keine Unterstützung erfahren (können), es an technischer Ausrüstung für das Homeschooling oder auch zum Kontakthalten mit Freund*innen fehlt, die häusliche Situation beengt oder im schlimmsten Fall von Gewalt geprägt ist. Das hat massive Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern. Ihre Belange dürfen nicht hintenanstehen, sondern sie müssen vorrangig werden. Soziale Teilhabe muss auch in Krisen-Zeiten gewährleistet werden.

Exklusion von Kindern mit Behinderungen verhindern: Besonderes Augenmerk ist hier auch auf Kinder mit Behinderungen zu legen: Hochwertige inklusive Bildungsangebote für Kinder mit Behinderungen helfen, soziale Exklusion, etwa an weit entfernten Sonderschulen, zu verhindern.

Schulfach Medienkompetenz einführen: Da deutsche Schüler*innen im internationalen Vergleich im Umgang mit Computern Defizite haben und die Arbeit am Computer in Zeiten des Homeschooling unerlässlich ist, sollte aus Sicht des SoVD ein Schulfach „Medienkompetenz“ eingeführt werden.

Jugendliche und junge Erwachsene besser adressieren: Viele Jugendliche und junge Erwachsene fühlen sich allein gelassen, verunsichert, einsam und psychisch belastet – auch in Hinblick auf ihren zukünftigen Werdegang. Der Übergang von Schule zur Ausbildung, Studium oder Beruf ist während der Pandemie für sie besonders schwer. Jugend- arbeitslosigkeit gilt es zu begegnen und die Sorgen und Ängste von jungen Menschen besser zu adressieren, z. B. durch zielgenaue Beratungsangebote.

5. Prävention und Rehabilitation stärken und ausbauen

Pflegebedürftigkeit, Erkrankungen oder eine Behinderung begleiten Betroffene ein Leben lang. Das erschwert Teilhabemöglichkeiten massiv. Deshalb müssen gesundheitsfördernde, präventive und rehabilitative Potentiale ausgeschöpft werden. Sie müssen neben der Heilbehandlung und Pflege gleichrangige Schwerpunkte der Gesundheitsversorgung sein.

In die Gesundheit investieren: Zur Erhaltung der Gesundheit sind Angebote der Gesundheitsförderung auszuweiten, an die Bedürfnisse der Nutzer*innen anzupassen und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Für eine bestmögliche Vorsorge muss die individuelle Verhaltensprävention wie auch die strukturelle Verhältnisprävention gleichberechtigt weiter gestärkt und ausgebaut werden. Prävention darf sich nicht nur auf die Krankenversicherung beschränken, sondern muss die anderen Sozialleistungsträger und die Sozialpartner

einbeziehen. Auch Bund, Länder und Kommunen müssen durch eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ihre Verantwortung wahrnehmen.

Rehabilitation vor und bei Pflege: Rehabilitationsleistungen sollten bereits vor Eintreten einer Pflegebedürftigkeit genutzt werden, um Behinderungen und Benachteiligungen zu verringern. Der SoVD fordert den gesetzlichen Auftrag des Grundsatzes „Rehabilitation vor und bei Pflege“ endlich gezielt umzusetzen. Die Rolle der Pflegekräfte beim Erkennen des Reha-Bedarfs ist zu stärken. Die Pflegekassen müssen stärker Rehabilitationsverantwortung übernehmen.

Aufsuchende und aktivierende Angebote: Gerade chronisch Kranke und Menschen mit Behinderungen sowie ältere Menschen sind von fehlenden Angeboten besonders betroffen. Es muss ein gleichberechtigter Zugang zu bedarfsgerechten Präventions- und Rehabilitationsleistungen möglich sein. Dazu müssen präventive und rehabilitative Angebote bundesweit flächendeckend ausgebaut werden. Dies gilt vor allem für aufsuchende und aktivierende Angebote.

6. Digitalisierung vorantreiben

Digitale Kommunikationsmöglichkeiten als ergänzende Angebote können dabei helfen, Einsamkeit und soziale Isolation entgegenzuwirken. Der SoVD fordert daher, den flächendeckenden Netzausbau voranzutreiben – insbesondere den Ausbau und die Förderung des Glasfaserkabelnetzes als nachhaltige und langfristige Lösung.

Internetzugang in Einrichtungen sicherstellen: Es ist dafür Sorge zu tragen, dass in allen Wohnformen ein bezahlbarer Internetzugang bereitsteht. Insbesondere Menschen mit Behinderungen und mit Pflegebedarf dürfen von der Digitalisierung nicht ausgeschlossen werden. Dafür muss die Digitalisierung jedoch konsequent barrierefrei ausgestaltet sein, sonst drohen erneute Teilhabeausschlüsse. Das muss auch für die Privatwirtschaft endlich gesetzlich verbindlich vorgeschrieben werden.

Niedrigschwellige zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote machen: Insbesondere (ältere) weniger technik-affine Menschen oder auch Menschen mit einer Lernbehinderung müssen in der Anwendung der neuen Kommunikationsmöglichkeiten unterstützt und begleitet werden. Möglichkeiten und Risiken digitaler Technik müssen aufgezeigt und die individuelle Akzeptanz und digitale Souveränität gestärkt werden. Längerfristig ist darauf hinzuwirken, dass die Kompetenzen und Bedürfnisse technisch weniger versierter Menschen bei der Erforschung und Entwicklung von digitalen Technologien mehr Berücksichtigung finden. Davon würden alle profitieren.

Engagement des SoVD

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) lebt von dem Engagement seiner Mitglieder. Neben der Sozialberatung und unserem sozialpolitischen Engagement ist es vor allem die ehrenamtliche Arbeit in den Gliederungen, die den SoVD bekannt und stark macht. Engagierte Menschen setzen sich vor Ort, mit sozialpolitischen Aktionen, Gemeinschaftsangeboten oder Besuchsdiensten für gleichberechtigte Teilhabe und soziale Gerechtigkeit ein. Sie leben Solidarität aktiv und unterstützen hilfsbedürftige Menschen. Das schafft soziale Kontakte, Erfahrungsaustausch und schützt vor Einsamkeit. Dieses Ehrenamt braucht jedoch auch Unterstützung, ermöglichende Strukturen (z. B. geeignete Räumlichkeiten, Unfall- und Haftpflichtversicherung, Qualifizierung, Fahrgelder) und Anerkennung. Bürgerschaftliches

Engagement darf nicht zum Ausfallbürgen für eine schwindende öffentliche Daseinsvorsorge werden. Staat und Zivilgesellschaft können nur gemeinsam sozialer Isolation und Ausgrenzung begegnen.

Weitere Informationen und Aktionen des SoVD

Als SoVD fühlen wir uns verantwortlich für die Gesellschaft, in der wir leben.

Als eine der größten Interessenvertretungen macht sich der Verband seit über 100 Jahren für benachteiligte Menschen stark. Unter den sozialpolitischen Forderungen des SoVD sind zahlreiche Maßnahmen, die auch Vereinsamungsprozessen und gesellschaftlicher Ausgrenzung entgegenwirken.

Unter dem gleichnamigen Motto „Gemeinsam statt einsam“ führen die Orts-, Kreis- und Landesverbände des inzwischen 580.000 Mitglieder starken Verbandes unzählige gemeinnützige Veranstaltungen durch. Gesellschaftliche Integration und Gemeinschaftlichkeit gehören zu den wichtigsten Zielen des SoVD.

Unsere Kampagne gegen soziale Kälte gibt den dringendsten sozialpolitischen Themen einen umfassenden Rahmen. Eine Folge von sozialer Kälte ist Einsamkeit. Soziale Ausgrenzung und Einsamkeit ist nicht sicht- oder hörbar. Viele Ältere, Pflegebedürftige, chronisch Kranke, Armutsbetroffene, darunter viele Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen können am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben kaum teilhaben oder sind davon gänzlich ausgeschlossen. Wir helfen in unserer täglichen Arbeit, wenn Menschen Gesprächspartner*innen oder Engagement benötigen, und schaffen gemeinsam Aufmerksamkeit für diejenigen, deren Stimme einzeln kein Gehör finden würde. Plakautomobile mit dem Kampagnenmotiv fahren durch ganz Deutschland. Auch in anderen Medien sind wir präsent. Begleitet werden diese Maßnahmen von lokalen Aktionstagen, an denen wir auf Missstände in unserer Gesellschaft aufmerksam machen. An lokalen Aktionstagen, die diese Maßnahmen begleiten, wollen wir Bewusstsein schaffen und die politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen zum Handeln gegen soziale Kälte auffordern.

Website Einsamkeit: www.sovd.de/einsamkeit

Gutachten Einsamkeit: www.sovd.de/gutachten-einsamkeit

Kampagne gegen soziale Kälte: www.soziale-kaelte.de

Hand-in-Hand Broschüre: www.sovd.de/hand-in-hand

Sozialpolitisches Programm: www.sovd.de/sozialpolitisches-programm

Kontakt

Sozialverband
Deutschland e.V.
Stralauer Straße 63
10179 Berlin
Tel. 030 72 62 22-0
Fax 030 72 62 22-328
kontakt@sovde.de
www.sovde.de